



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Am Ende des vierten Kriegsjahres	279	lung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu Würzburg	282
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	281	Lohnbewegungen. Erhöhungen der Feuerungszulagen im Buchbindergewerbe	285
Kongresse. 9. außerordentliche Generalversammlung		Literarisches. Neuer erschienene Bücher und Schriften	286

Am Ende des vierten Kriegsjahres.

Am 1. August schließt das 4. Kriegsjahr. Hart und unerbitlich stellt es uns vor einen völlig unflaren Ausblick des künftigen Werdens und der Entscheidung in diesem unheilvollen blutigen Ringen. Vier Jahre des bitteren Leidens haben die Völker Europas ertragen. In wirtschaftlich schwerer Bedrängnis haben sich die Völker hindurchgewunden; am schwersten gepeinigt hat diejenigen das Mißgeschick betroffen, die zu allen Zeiten neben der Unbill wirtschaftlicher Erschütterungen die Last des Krieges zu tragen haben. Millionen sind auf dem Schlachtfelde zugrunde gegangen und groß ist die Zahl derjenigen, die ihre Kräfte gebrochen sehen, krank oder als Krüppel heimkehren.

Ungeheuer viel hat das deutsche Volk ertragen. Und mehr denn einmal hofften die, die auf seinen Zusammenbruch spekulierten, es würde eines Tages unter der Last der Bürde zusammenbrechen. Wenn diese Spekulation verjaagte, so weil die Erkenntnis unser Volk aufrechterhielt, daß, wenn dieser Zusammenbruch eintreten würde, eine noch viel schlimmere Leidenszeit hereinbrechen müßte, als die Kriegszeit uns auferlegt. Wir sehen in dem wüsten Treiben unserer Gegner, die mit kalter Berechnung die wirtschaftlichen Leiden unsers Volkes steigerten, um höhnend den Zeitpunkt festzustellen, wann das deutsche Volk vor Hunger kraftlos zusammenbrechen würde, einen gefühllosen Kampf gegen wehrlose Frauen und Kinder; die gleichgültige Redensart, daß die Menschheit aus diesem Kriege zu ihrem Heil in ein Staatsgebilde des Rechts und der Gerechtigkeit hinübergeleitet werden soll, kann niemand irreführen. Die deutsche Arbeiterchaft ist politisch viel zu klug, als daß diese Phrasen der englischen und französischen Bourgeoiserie irgend einen Eindruck erwecken könnten, zumal hinter ihren Worten im eigenen Lande als auch dem Auslande gegenüber das politische Truggebilde, das sie propagandistisch für ihre Zwecke zu rechtformieren, nur zu offenbar wurde.

Zu keiner Zeit hat ein Staat einen so unheilvollen Einfluß auf die Völker ausgeübt als England gegenwärtig. Politisch wuchs sein Machtbereich im Kriege; brutal wandte es sich gegen alle Staaten, die nicht seinen Anordnungen folgten, sei es auf wirtschaftlichem oder auf rein politisch-militärischem Gebiet. So wuchs die Zahl der Feinde gegen die Mittelmächte und immer aufs neue wurde mit jedem Eintritt eines neuen Gegners in England und Frank-

reich die Hoffnung erweckt, nun muß doch der Widerstand des kräftigsten und deshalb am meisten gehafteten Gegners versagen.

Abgesehen von einigen Schwadronneuren, die es auch bei uns gibt, hat das deutsche Volk den Ernst der Situation nie verkannt. Es hat mit einem gewissen Gleichmut manche Enttäuschung ertragen und hat in den Tagen, wo der Sieg die Hoffnung belebte, nicht in Tumult und wüstem Trubel die Niederlagen des Gegners gefeiert. Die deutschen Arbeiter sind viel zu sentimental, um nicht in einer solchen Situation in ihrer Abneigung gegen den Krieg mit tiefem traurigen Empfinden derjenigen zu gedenken, die ihr Leben für Deutschlands Schutz und Wehr einsetzten. Das prahlerische Geschrei, das überichwengliche Projektmachen für die Zukunft ist ihnen zuwider. Der Krieg ist ihnen eine viel zu ernste und schwere Sache, die von oberflächlichen Volksstimmungen nicht getragen werden darf.

Wer von uns hat nicht in ruhiger kühler Erwägung in diesen Zeiten sich die ernste Frage vorgelegt: Wird es uns auch ferner gelingen, gegen dieses Aufgebot unserer Gegner den Widerstand aufrechtzuerhalten? Eine Welt von Feinden steht gegen uns im Kampfe. Das Heerlager auf der anderen Seite ist gewaltig angeschwollen, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, wenn auch erschwert, dennoch aufrechterhalten; während wir selbst auf keine anderen Hilfsmittel als unsere eigenen Kräfte und die unserer Bundesgenossen angewiesen sind, und in der Nahrungsmittelversorgung nahezu auf jede Unterstützung vom Ausland verzichten müssen. Unermehlichen Dank schulden wir denen, die den entschuldigend vermühten Krieg von den deutschen Fluren ferngehalten haben. Was wir im eigenen Land unter der Herrschaft feindlicher militärischer Machthaber vollziehen haben, war reichlich genug, um erleichtert aufzuatmen, als diese Zeit im Osten vorüberging. So sehr wir anerkennen, welche großen Verdienste vom rein militärischen Standpunkte aus die Heeresverwaltung in Anspruch nehmen kann, so gehören wir doch nicht zu denjenigen, die um den kriegerischen Ruhm besorgt sein müssen. In diesen Zeiten ist es verdienstvoller, der ruhigen Ueberzeugung die Wege zu ebnen, um allen anzurufen: Haltet ein, es ist genug des menschlichen Jammers!

Die Völker der Mittelmächte sind von diesem Empfinden getragen. Die Friedenssehnsucht nimmt uns gefangen. Aber nicht um die Hoffnungen im Lager der Gegner zu

Schließlich hatten die Parteigenossen Sembat, Guesde und Thomas während der russischen Friedensverhandlungen keine andere Mission zu übernehmen, als mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Friedensabsichten zu unterbinden.

In der gleichen Weise wurde am 19. Juli 1917 die Friedensresolution des Deutschen Reichstages behandelt. Auch hier eine strikte Ablehnung der Entente, keine Arbeitervertretung des Auslandes versuchte es, die Regierungen zu einer Verständigung mit dem Gegner zu drängen. In England daselbe Bild, zum Teil noch trostloser, die Gewerkschaften vollständig im Banne des Krieges.

Zweimal setzten die Bemühungen des Papstes in der Friedenssache ein. Von tiefem religiösen Empfinden getragen, richteten sich die Ermahnungen an alle Völker, das Blutvergießen einzustellen. Die Kundgebung vom 2. August 1917 enthält die Grundlage für eine Verhandlung. Die deutsche Regierung gab ihre Zustimmung zu der Anregung, die Verbündeten desgleichen, auf der anderen Seite blieb sogar die Antwort aus.

Dieselben Regierungen, die nun bei dem deutschen Friedensvorschlag von einer Unaufrichtigkeit des Vorschlages sprechen, waren auf das peinlichste bemüht, zu verhindern, daß auch nur die Möglichkeit bestehen könnte, in einer internationalen Konferenz mit den Vertretern der Arbeiter der Mittelmächte zusammenzukommen. Bekannt ist, daß sowohl zum Stockholmer internationalen Kongreß, der nach langem Högern im September 1917 zustande kam, wie auch zum Berner Gewerkschaftskongreß, der seine Tagung am 1. bis 4. Oktober 1917 abhielt, die englische, französische und auch italienische Regierung die Pässe den Arbeitervertretern verweigerten, während die deutsche Regierung keine Hindernisse in den Weg legte. Wer sich seiner Sache sicher ist und ein gutes Gewissen hat, braucht nicht zu befürchten, daß er auf solcher Konferenz Schaden erleidet.

Nach ihrem Verhalten haben die Ententestaaten allen Anlaß, zu verhindern, daß die Vertreter der Arbeiterschaft zusammenkommen; denn ihre Kriegsziele können der Friedenssache sicherlich nicht förderlich sein. Wissen wir doch aus den Veröffentlichungen der russischen Regierung, daß Frankreich seinen Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat, um nicht nur Elßas-Lothringen zurückzujordern, sondern auch das Saargebiet und die Rheinprovinz in Besitz zu nehmen. Daß Italien die Länder am Adriatischen Meer beansprucht, ist bekannt, und sicherlich wird England, darüber hat die Regierung nie einen Zweifel gelassen, weder auf den Besitz der wichtigsten deutschen Kolonien, noch auf Teile von Persien, Mesopotamien und Kleinasien verzichten.

Um diese Kriegsziele wird der Kampf geführt. Daß hierbei das kapitalistische Interesse der Bourgeoisie in allen drei Staaten in den Vordergrund tritt, ist selbstverständlich. Bedauerlich ist nur, daß sich die Arbeiterschaft in diesen Ländern zu einem erheblichen Teil ganz in den Dienst dieser Aufgabe gestellt hat. Wenn hier nicht eine Aenderung eintritt, werden unsere Hoffnungen auf den Frieden keine greifbare Gestalt gewinnen. Wir müssen leider erkennen, daß ein chaubinistisches, fanatisches Treiben der Kriegsheber den klaren Blick für das, was im Interesse der Kultur und Menschlichkeit notwendig ist, getrübt hat. Die deutsche Arbeiterschaft weiß sich schuldlos in der Unterstützung solcher Bestrebungen; sie führt den heftigsten Kampf gegen diese Richtung. Sie kann darauf hinweisen, daß keine Tagung des Reichstages vorübergeht, in der nicht von der sozialdemokratischen Fraktion die Regierung gedrängt wird,

Hindernisse für die Friedensverhandlungen zu beseitigen. Mehr denn eine Erklärung hat klar und einwandfrei im Reichstag ergeben, daß die große Majorität der deutschen Volksvertretung weder aus Eroberungsstucht noch um Kriegsentschädigung zu erlangen, gesonnen sei, diesen fürchterlichen Kampf fortzusetzen. Aber wir müssen zu unserem Bedauern wahrnehmen, daß wiederholt der von dieser Stelle und auch von der Regierung ausgehende Friedenswille höhrend als eine deutsche Schwäche bezeichnet wird.

Seies drum, wir wollen auch an der Schwelle des 5. Kriegsjahres das Gelöbnis ablegen, treu und unerschütterlich diesen Weg weiter einzuschlagen, bis eines Tages drüben ruhige Ueberlegung und vernünftige Erwägungen zur Umkehr leiten und das Ende des fürchterlichen Krieges herbeigeführt wird.

R. S.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet über wiederholte Konferenzen, die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit der Regierung hatten, um Wünsche und Beschwerden der organisierten Bergarbeiter vorzutragen. So verhandelte der Vorsitzende Sachsse am 20. Juni mit dem Handelsminister Dr. Sydow. Am 26. Juni konferierten Bergarbeitervertreter aller Richtungen mit Oberberggräten im preussischen Handelsministerium. Bei diesen Besprechungen handelte es sich um die Löhne in Schlesien und im Braunkohlenbergbau. Auch die maßregelungsartigen Einziehungen von Vertrauensleuten im Schiffsberger Revier kamen zur Sprache, wobei das Kriegsamt zusagte, daß die Leute wieder entlassen würden, wenn sie ohne stichhaltige Gründe seitens der Arbeitgeber zur Einziehung gebracht worden seien. — Am 6. Juli verhandelte man vor dem Vizekanzler über die Lohnangelegenheit der vier Verbände. Zur selben Zeit fanden vor dem Kriegsamt Verhandlungen über die Bewegung in Oberschlesien statt, in denen Lohnhöhungen und Schichtzeitverkürzungen gefordert und die schlechte Lebensmittelversorgung getadelt wurden. Bei den Verhandlungen wegen Oberschlesien war auch der Abgeordnete Bauer von der Generalkommission anwesend. Kriegsamt und Kriegsministerium, die vertreten waren, sagten Erleichterungen zu.

Der Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter hatte im 1. Quartal 1918 an Einnahmen 61 647 M. und an Ausgaben 53 477 M.

Der Centralverband der Dachdecker schloß das 2. Quartal 1918 mit 14 285 M. Einnahmen und 11 312 M. Ausgaben, sowie einem Kassenbestand von 132 782 M. ab.

Der Fabrikarbeiter-Verband verzeichnete in seiner Abrechnung vom 4. Quartal 1917 an Einnahmen 608 838 M. und an Ausgaben 602 291 M. Der Kassenbestand betrug 3 774 470 M.

Das Verbandsorgan des Fleischerverbandes warnt die Kollegenschaft vor den Folgen des Zusammenschlusses aller Arbeitgeberorganisationen zu einem „Interessenverband des Viehwirtschafts, der Fleischwarenindustrie und des Fleischergewerbes“, und weist sie auf die Notwendigkeit hin, ein Gegengewicht zu suchen durch Anschluß an die Gewerkschaft.

erfüllen, die des naiven Glaubens sind, unser Volk würde verräterisch im eigenen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht fühlen zu lassen. Wenn Ihr Arbeiter im Ausland glaubt, daß wir zu diesem verräterischen Streich fähig wären, so irrt Ihr Euch und Ihr dürft weder auf diese Hoffnung Euren Sieg aufbauen, noch wird der Friede mit Deutschland jemals so geschlossen werden. Ihr werdet nicht triumphieren über ein Volk, das moralisch für immer gerichtet wäre, wenn es einer aus aller Welt zusammengeholtten Soldateska die deutschen Lande, unser Heim und unsere Familie preisgeben würde.

Was wir in Fleiß und rastlosem Streben aufgebaut haben, gehört auch uns, der deutschen Arbeiterschaft. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ist die Stellung der Arbeiterschaft eng verknüpft. Ihr könnt uns nicht mit Euren asiatischen, afrikanischen Horden eine freiere politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.

Aber in einem habt Ihr Arbeiter des Auslandes unsere Unterstützung. Sehen wir uns über alles Geschrei derjenigen hinweg, die aus dem Krieg ein Geschäft gemacht haben, die den Hunger nie als Gast kannten, sie alle, die bei uns das selbe Gewerbe treiben wie bei Euch, und bekundet einen Friedenswillen, der nicht zerschellen darf an der Frage, wer die Kosten zu tragen hat für die kulturelle Untat. Denn was vernichtet ist an ideellen und materiellen Gütern, kann kein Volk dem anderen ersetzen. Dann werdet Ihr unsere Unterstützung haben, und die gesamte Arbeiterschaft aller Staaten könnte aufatmen in dem Empfinden, daß der Weg frei ist für die Sache des Friedens. Auch nicht um territoriale Machterweiterung darf der Kampf fortgesetzt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führenden in diesem Kampfe sind, während 44 Jahre innerhalb ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelten, dann ist es der helle Wahnsinn, um eines vermeintlich mit Recht zu beanspruchenden Landbesitzes Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu verwüsten, die auf viele Jahre ihres Wohlstandes beraubt sind. Klar und offen haben wir wiederholt dieses Friedensprogramm aufgestellt, aber bis heute vermissen wir die Zustimmung, auf die wir hofften.

Die deutsche Arbeiterschaft hat nie dem Krieg das Wort geredet, sie hat dem Frieden ihre ganzen Kräfte gewidmet, trotz mancher Absage, die in unverständlicher Verblendung in Frankreich und England uns entgegenhallte.

Mehr als einmal sind Friedensverhandlungen im Anmarsch gewesen, die in trivialer Weise zerstört

wurden; gerade gegenwärtig, da wir an der Schwelle des 5. Kriegsjahres stehen, lohnt sich ein kurzer Rückblick, wie oft in der zurückliegenden Zeit der von Deutschland ausgehende Friedenswille leichtfertig beiseite geschoben wurde, und leider nicht nur von den verantwortlichen Regierungen, sondern törichterweise auch von der Arbeiterschaft in Frankreich und England. Wie man auch zu dem Friedensangebot der deutschen Regierung vom 12. Dezember 1916 stehen mag, es bot die Grundlage für die Einleitung zu einer Verhandlung. Die Antwort, die die Entente erst am 6. Januar 1917 erteilte, hat nichts anderes hervorbringen können, als ein wüßes Geschimpfe über die deutsche Kriegführung, das schließlich aufgeht in der Annahme, daß die deutsche Regierung nur die öffentliche Meinung stärken will; denn die Mittelmächte seien, so hieß es, schwer geprüft durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird. Summarisch wird dann das Urteil gefällt, der Vorschlag müsse, weil ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung, abgelehnt werden. Noch vor dieser Antwort wurde vom Präsidenten Wilson am 21. Dezember 1916 ein Vorschlag unterbreitet, es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um die Kriegsziele der Kriegführenden kennenzulernen. Schon am 26. Dezember antwortete die deutsche Regierung, daß sie bereit sei, zu Friedensverhandlungen die Hand zu bieten und empfahl den baldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Ort. Die Schweizer Regierung, Spanien und die Regierungen der skandinavischen Länder bemühten sich im Anschluß an die Note in diesem Sinne zu wirken. Am 23. Dezember hatte in der französischen Kammer der Wortführer der sozialdemokratischen Partei auf diese Friedensbemühungen nur die eine Antwort, der Feind soll sein Angebot so klar fassen, daß es weder eine Falle, noch ein Manöver in sich birgt. Eine törichte Antwort, die nur wiedergab, was von den Regierungen der Entente als Vorwand für die Ablehnung benutzt wurde. Jeder verständige Mensch, dem es ernst ist um die Friedenssache, wird sich sagen müssen, daß, wenn der Vorschlag ein Manöver ist, er am besten in einer öffentlichen Verhandlung bloßgestellt werden könnte. Auch der französische Parteitag am 25. Dezember 1916 erklärte, daß die Note der Mittelmächte keinen wirklichen Friedensvorschlag bilde. Er forderte die Verbündeten auf, die kriegerischen Anstrengungen für die nationale Verteidigung kräftig fortzusetzen. Weniger kriegerisch war der Gewerkschaftskongress, der am 24. und 25. Dezember in Paris tagte. Er zeigte einen erfreulichen Gegensatz zu dem von der französischen Parteimehrheit vertretenen Standpunkt.

Noch einmal scheint der Friedensgedanke hoffnungsfroh im Osten Boden zu gewinnen, als die revolutionäre russische Regierung alle Kriegführenden zu Friedensverhandlungen einladet. Die deutsche Regierung willigt ein, daß die Verhandlungen um vierzehn Tage ausgesetzt werden, damit der Anschluß der Gegenpartei, die Mittelmächte waren bereit, vollzogen werden kann. Die Regierungen der Ententemächte hielten es unter ihrer Würde, auch nur eine Antwort auf diesen Vorschlag zu geben, die Kriegstreiber auf jener Seite sahen fest im Sattel; aber mit mehr Bitterkeit mußte es von jedem Friedensfreund empfunden werden, daß auch jetzt wieder der Friedensgedanke in der englischen und französischen Arbeiterschaft nur ein sehr schwaches Echo erwecken konnte. Von keiner Seite ein Drängen auf die Regierungen, in die ausgestreckte Friedenshand einzuschlagen.

sich durch die Gehilfenschaft ihrer Kreise mit entsprechendem Auftrag für Beantragung der Revision des Tarifs versehen zu lassen.

Als Generalanträge für diese Tarifrevision werden die nachstehenden, einstimmig gefaßten Anträge eingereicht:

1. Eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Wochenlöhne aus den §§ 4 und 51 des Tarifs.
2. Dementsprechende Erhöhung der Grundposition für Berechner.
3. Verkürzung der Arbeitszeit.
4. Tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses der Lehrlinge durch Ausbau des § 13 des Tarifs.

Zu III.

1. Angemessene Erhöhung der im November v. J. gewährten Zulage, zahlbar spätestens am zweiten Jahrtag im Monat Juli an alle Gehilfen.

2. Bemessung des Stundenlohnes nach dem Gesamtwochenverdienst, also einschließlich der Teuerungszulage.

Sämtliche Anträge sind dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker durch den Verbandsvorstand unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Das Tarifamt wird ersucht, die aus dieser Antragstellung sich ergebenden Maßnahmen zu treffen und eine Verhandlung des Tarifausschusses über Ziffer III der Anträge herbeizuführen. Gelingt es, über die hierzu vorliegenden Gehilfenwünsche zu einer Verständigung innerhalb des Tarifausschusses zu kommen, so ist der Antrag auf Revision des Tarifs gegenstandslos geworden, andernfalls der Verbandsvorstand beauftragt wird, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die unter II Ziffer 1—4 eingereichten Generalanträge bleiben dagegen bestehen, sollen vom Tarifausschuß in der nächsten Sitzung vorberaten und dem Tarifamt zur weiteren Bearbeitung übergeben werden. Spätestens bei der nächsten Tarifberatung sollen diese Anträge in der durchgearbeiteten Form dem Tarifausschuß zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden.

Außerdem soll der Tarifausschuß in seiner nächsten Sitzung eine Aussprache herbeiführen über:

1. Schaffung von Sonderbestimmungen für das Anstellungsverhältnis der Faktoren.

Angliederung dieser Bestimmungen an den Deutschen Buchdrucker-Tarif.

2. Uebernahme der „Allgemeinen Bestimmungen“ für die Arbeitsleistungen der männlichen und weiblichen Buchdruckerhilfsarbeiter als Sonderbestimmungen in den Deutschen Buchdrucker-Tarif.

„Die Generalversammlung hat mit Erstaunen davon Kenntnis genommen, in welcher Weise einzelne Staats- und Stadtbehörden bemüht sind, der Prinzipalität im Buchdruckgewerbe die Zahlung der vom Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker einstimmig beschlossenen Aufschläge auf den Friedenspreis für Herstellung amtlicher Drucksachen vorzuenthalten, und nur Druckpreise zu bewilligen, für welche die Herstellung von Drucksachen zurzeit nicht möglich ist. Die Generalversammlung gibt ihrer Entrüstung hierüber Ausdruck und erklärt sich bereit, der Prinzipalität bei Abwehr solcher Maßnahmen der Behörden mit allen Kräften zur Seite zu stehen.“

Die Generalversammlung trat dann — gleichfalls in geschlossener Sitzung — in eine „Aussprache über den Organisationsvertrag“ ein. Die Vorteile resp. Nachteile der Verlängerung des Organisationsvertrages, der am 31. Dezember 1918 abläuft, wurde sehr eingehend erörtert. In der Debatte spielte auch die Streikbewegung in Berlin im Januar d. J. eine Rolle. Die Prinzipale haben auf Grund des Organisationsvertrages Klage auf Schadenersatz gegen die befehligten Buchdrucker resp. gegen den Verband erhoben. Es wurde festgestellt, daß die Verbandsinstanzen an der

Streikbewegung in Berlin gänzlich unbeteiligt gewesen, ja von ihrem Ausbruch völlig überrascht worden sind und der Bewegung von vornherein jede Unterstützung verweigert haben. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Generalversammlung lehnt nach eingehender Aussprache die Zahlung eines vom Deutschen Buchdrucker-verein geforderten Schadenersatzes für die Beteiligung der Berliner Gehilfenschaft an den Ausständen im Januar dieses Jahres ab, da nach ihrer Auffassung bei dieser Bewegung die Voraussetzungen, unter denen der Organisationsvertrag zustande gekommen ist, nicht vorliegen. Sollte die Prinzipalität auf dem Standpunkte verharren, daß bei Bewegungen, die aus der Unsicherheit der politischen Lage und der Hof der Zeit entspringen und mit den beruflichen Verhältnissen in keinerlei Zusammenhang stehen, der Verband haftbar gemacht werden könne, erklärt die Generalversammlung, daß dann auch für die Gehilfenschaft jedes Interesse an der Aufrechterhaltung des Organisationsvertrags forsfällt.“

Es folgte Punkt 3 der Tagesordnung: Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Vorstandsbeschlüssen. Hierzu liegen 66 Anträge vor. Der Hauptkassierer Essler nimmt zu den Anträgen Stellung und vertritt den Standpunkt, daß im Hinblick auf die Unsicherheit der ganzen Verhältnisse zurzeit an eine Reform des Unterstützungswesens nicht gedacht werden könne. Er erklärte aber dann, daß der Verbandsvorstand bereit sei, einer nach Beendigung des Krieges anzuberäumenden Generalversammlung eine Vorlage über den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung zu unterbreiten. — In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung schon vor dem nächsten Verbandstag aus, auch wurde vielfach eine Berücksichtigung der ganz alten Invaliden und eine Erhöhung des Gauausschusses gewünscht. Alle vorliegenden Anträge wurden schließlich einer Kommission überwiesen.

Die „Aussprache über Maßnahmen beim Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft“ wird durch ein großzügiges Referat Graßmanns eingeleitet. Er bringt folgende Richtlinien in Vorschlag:

1. Schnellste Unterbringung der Heeresentlassenen mit Hilfe der Arbeitsnachweise.
2. Möglichstes Verbleiben auch der Kriegsbeschädigten im Berufe.
3. Die entsprechenden Zusagen der Prinzipale bezüglich dieser Punkte müssen eingelöst werden.
4. Berufs Fremde müssen die Arbeitsplätze für die Heeresentlassenen freimachen.
5. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsangehörigen angesichts des verschärften Kampfes ums Dasein.
6. Ausgleich der im Krieg ungenügenden Lehrlingsausbildung, da diese Lehrlinge später als Gehilfen und Verbandsmitglieder in Frage kommen.
7. Unsere gesamten fachtechnischen Einrichtungen müssen diese Kriegsschäden mildern. Es muß von dem Begriff „Probezeit“ ein besserer Gebrauch gemacht werden. Im besonderen sind für die Lehrlingsausbildung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: a) Weibereitung der Bewerfer über Befähigung der Lehrlinge zur Erlernung unseres Berufs gemäß § 13 Ziff. 1, b) Festsetzung eines angemessenen Kostgeldes unter sinngemäßer Anwendung des § 12 des Tarifs, c) Aufstellung eines tariflich gültigen Lehrplans für die Lehrlinge, d) Kontrolle über Einhaltung des Lehrplans, e) zweimalige Prüfung während der Probezeit, f) Verpflichtung zur Gehilfenprüfung, g) Förderung der fachtechnischen Kurse der Gehilfenverbände durch die Tariftgemeinschaft.

Der Verband der Kupferschmiede hatte am Ende des 1. Quartals 1918: 3756 Mitglieder. Die Quartalseinnahmen betragen 54 403 Mk., die Ausgaben 35 065 Mk., das Verbandsvermögen 314 012 Mk.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat leider nicht — wie in voriger Nummer (Seite 275, 5. Zeile von unten) berichtet wurde — 712 280 Mk. Kassenbestand, sondern nur 412 000 Mk.

Der Vorstand des Porzellanarbeiter-Verbandes nimmt in einer Erklärung am Kopfe des Verbandsorgans gegen den Antrag der Zahlstelle Potschappel Stellung, einen Verbandstag einzuberufen. Er findet die Abhaltung einer Generalversammlung zurzeit nicht zweckmäßig, zumal die beim Heere befindlichen Mitglieder an der Reorganisation des Verbandes nicht teilnehmen könnten.

Der Vorstand des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes beruft zum 14. Oktober d. J. einen Verbandstag nach Gotha ein, der sich u. a. mit der Aenderung der Beiträge und des Unterstützungswesens, mit der Lehrlingsfrage sowie der Uebergangswirtschaft beschäftigen soll.

Helma Steinbach †. Am 7. Juli d. J. starb in Glübing bei Lauenburg die Genossin Helma Steinbach, eine der frühesten gewerkschaftlichen Agitatoren, die ein ganzes Menschenalter hindurch treu zur Sache der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten gestanden hat. Im Jahre 1888 gründete sie den Verband der Wäschereiarbeiter und Plätterinnen und mit großer Hingabe war sie für die Gründung und Entwicklung des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ tätig gewesen. Sie hat ein Alter von 71 Jahren erreicht. In der deutschen Arbeiterschaft wird ihrem Namen allezeit ein Angedenken bewahrt werden.

Kongresse.

9. außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu Würzburg.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hielt in der Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni 1918 eine außerordentliche Generalversammlung in Würzburg ab. Anwesend waren 59 Delegierte und 11 Vertreter des Verbandsvorstandes, der Redaktion des „Korrespondent“ und des Tarifamts. Vertreten waren ferner der Verband der deutschen typographischen Gesellschaften, der Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftsetzer Oesterreichs, das Internationale Buchdruckersekretariat, der Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, der Verband der Lithographen und Steindrucker, der Deutsche Buchbinderverband sowie die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Zur Leitung der Generalversammlung wurden Graßmann (Berlin) und Seiß (München) als Vorsitzende gewählt.

Der Vorsitzende Graßmann widmete dem bisherigen Vorsitzenden des Verbandes, Emil Döblin, einen ehrenden Nachruf und gedachte auch der in der Berichtszeit gestorbenen und der im Kriege gefallenen Mitglieder.

Den Bericht des Vorstandes über die letzten 5 Jahre erstattete Graßmann, der besonders darauf hinwies, daß der Vorstand während des Krieges alle wichtigen Maßnahmen gemeinsam mit den Gau-

vorstehern beraten und beschließen habe. Er berichtet über die Tätigkeit der Gauborsteherkonferenzen, die im allgemeinen von den Mitgliedern gut aufgenommen sei. — Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 70 442 Mitgliedern sind bis Ende 1917 60,60 Proz. = 58 635 zum Heere einberufen, von denen 6761 wieder entlassen wurden, so daß einschließlich 11 494 neuer und wiederingetretener am 31. Dezember 1917 nach Abrechnung der Gestorbenen, Ausgetretenen und ausgeschlossenen insgesamt 28 848 Mitglieder vorhanden seien. Im Kriege gefallen bzw. an Verwundungen und Krankheiten gestorben sind 6217 Mitglieder.

Zur Unterstützung der Familien der eingezogenen Mitglieder sind aus der Hauptkasse zusammen über 900 000 Mk. den Gauen zur Verfügung gestellt worden. Die Opferwilligkeit der Kollegen bei der Unterstützung der Kriegerfamilien sei, wenn man die materiell gedrückten Verhältnisse der Kollegen berücksichtigt, als vorbildlich zu bezeichnen. Der Verbandsvorstand ist auch bemüht gewesen, den Buchdruckern eine Lebensmittelzulage zu erwirken. Das Kriegs-ernährungsamt hat sich aber ablehnend verhalten. Graßmann betonte zum Schluß, die Mitglieder könnten überzeugt sein, daß die Männer, denen sie seit Jahren die Leitung der Geschäfte des Verbandes anvertraut, ihr bestes getan haben, um trotz der größten Schwierigkeiten mit Ernst und Eifer ihre Pflicht zu erfüllen.

Den Kassenbericht erstattete Eißler (Berlin). Aus allen Kassen (Verband, Gaue, Bezirke und Orte) wurden vom 1. Juni 1914 bis 31. Dezember 1917 in sämtlichen Unterstützungsäzweigen 11 158 486 Mk. gezahlt. Darunter an Arbeitslosenunterstützung 3 402 683 Mk., an Familienunterstützung (eine im Statut nicht vorgesehene freiwillige Leistung) 2 763 576 Mk. — Der Vermögensbestand betrug am 31. März 1918: 12 212 111,75 Mk.

Eißler begründet die bei Ausbruch des Krieges vom Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen, die die damalige ungeheure Arbeitslosigkeit mit ihren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen für die Organisationen erträglich machten. Es ist dem Verband eher als anderen Organisationen möglich gewesen, die für die Unterstützungen einschränkenden Kriegsmaßnahmen wieder aufzuheben. Nach kurzer Diskussion, in der im allgemeinen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt und einige Wünsche für die Zukunft geäußert wurden, wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

In geschlossener Sitzung wird sodann über „die allgemeine und tarifliche Lage“ verhandelt. Graßmann erstattete das einleitende Referat. Es folgte eine sehr eingehende Aussprache, an der der größte Teil der Delegierten sich beteiligte. Schließlich gelangen die folgenden Entschlüsse zur einstimmigen Annahme:

„Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat zu den vorliegenden drei Anträgen:

I. auf Kündigung des Tarifs,

II. auf Revision des Tarifs,

III. auf Erhöhung der Steuerungszulagen,

die nachstehenden Beschlüsse einstimmig gefaßt:

Zu I.

Eine Kündigung des Tarifs wird nicht gewünscht, vielmehr soll der Fortbestand der Tarifgemeinschaft gefördert und gefestigt, die Tarifgemeinschaft selbst weiter ausgebaut werden.

Zu II.

Eine Revision des Tarifs für 1918 wird beschlossen. Die Vertreter der Tarifkreise III, VI, VII und X haben

Nach kurzer Debatte stimmt die Generalversammlung den Richtlinien einmütig zu.

Dann geht die Generalversammlung zur „Besprechung des Verhältnisses zur Generalkommission“ über. Grafmann bezeichnet die Beziehungen und das Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstand und der Generalkommission als ausgezeichnet, was schon durch die Zugehörigkeit Döblins zu dieser besonders gewährleistet war. — Der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland habe nicht überall Verständnis und Zustimmung gefunden. Meinungsverschiedenheiten scheinen auch bezüglich der Ludendorff-Spende vorhanden zu sein. Der Verbandsvorstand könne jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Umstände, die mit diesen Fragen zusammenhängen, die Mitwirkung der Generalkommission nur billigen. Weitergehende Meinungsverschiedenheiten seien nicht zum Ausdruck gekommen und es erscheine wünschenswert, daß das bisherige Verhältnis zur Generalkommission auch in Zukunft aufrechterhalten wird und ein gutes bleibt. Die Diskussion über diesen Punkt brachte eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit der Generalkommission durch deren Vertreter, dessen Ausführungen lebhaftes Interesse erweckten. Die große Mehrheit der Delegierten stimmte den Ausführungen des Vertreters der Generalkommission zu. Der Vorsitzende Grafmann stellte am Schlusse der Aussprache fest, daß die Generalversammlung mit der Tätigkeit der Generalkommission einverstanden sei.

Es folgt eine Aussprache über das Internationale Buchdrucker-Sekretariat. Klein, als Vertreter des Internationalen Buchdruckersekretariats, teilt mit, daß es trotz des Krieges möglich gewesen sei, mit fast allen angeschlossenen Verbänden in Fühlung zu bleiben, wenn auch teilweise nur indirekt. In der französischen Schweiz sei sogar ein sehr erheblicher Umschwung zu verzeichnen, indem das dortige Verbandorgan in letzter Zeit die Tätigkeit der deutschen Kollegen viel objektiver beurteile. Alle angeschlossenen Organisationen haben, soweit sie dazu imstande waren, ihre Beiträge entrichtet. Nur von den englischen Buchdruckern ist zu sagen, daß sie noch nie besondere Neigung zu internationaler Arbeit gehabt haben. Trotzdem habe er die Hoffnung, daß nach Kriegsende die alten Beziehungen mit allen Buchdruckerorganisationen schnell wieder ausleben werden. Grafmann spricht den Wunsch aus, daß man endlich auch im Auslande erkennen möge, daß die Auffassung der deutschen Buchdrucker über die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen die allein richtige und zweckmäßige sei.

Nach einer Aussprache über die Redaktionsführung des „Korrespondent“, in deren Verlauf Albrecht (Cöln) anerkennt, daß die Redaktion bei einer kriegsmäßigen Besetzung mit nur einem Manne anerkennenswertes geleistet habe, werden alle drei Redakteure einstimmig wiedergewählt.

Bei Punkt 7 der Tagesordnung, „Festsetzung der Mitgliederbeiträge“, wird der Bericht der Kommission für Unterstützungsfragen entgegengenommen. Es wird der Generalversammlung empfohlen, sich die nachfolgenden Beschlüsse über das Unterstützungswesen zu eigen zu machen:

„Sollte bei Kriegsende von der Regierung bzw. von den Kommunen keine Vorkehrung für die Unterstützung der Arbeitslosen getroffen werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50 Pf. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhebung eines erhöhten Verbandsbeitrags. Es ist aber sofort eine Gau-

vorsteherkonferenz einzuberufen, welcher die weitere Erledigung der Frage überwiesen wird.

An der Kranken- und Invalidenunterstützung wird nichts geändert. Die zurzeit bestehende Staffelung in der Krankenunterstützung soll beibehalten werden.

Ebenso bleiben die übrigen Unterstützungen unverändert.

Die für den Beruf nicht mehr in Frage kommenden Militärinvaliden sind den nichtbezugsberechtigten Invaliden gleichzuachten, d. h. Beiträge werden von ihnen nicht genommen, das Anrecht ihrer Hinterbliebenen auf Sterbegeld bleibt bestehen.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, nach Beendigung des Krieges über das Verhältnis der kriegsbeschädigten Kollegen zur Organisation eine Aufstellung zu machen. Einer später einzuberufenden Gauvorsteherkonferenz bleibt es überlassen, auf Grund des ermittelten Materials zu der Frage Stellung zu nehmen, ob und inwieweit den Anträgen zur Würzburger Generalversammlung in bezug auf die Kriegsteilnehmer Rechnung getragen werden kann.

Von zur Arbeit beurlaubten, auch außerhalb des Berufs tätigen Kollegen sind Beiträge zu erheben, sofern die Verdienste die üblichen Löhne der Buchdrucker erreichen.

Für dienstbeschädigte Kollegen, die zum Beruf zurückkehren, ist unbedingt eine sofortige Zurückmeldung einzureichen, nach deren Prüfung durch die in Betracht kommenden Instanzen das Verhältnis zur Organisation (ob Beitragszahlung oder eine Karenz zum Bezuge von Krankenunterstützung notwendig erscheint) geregelt ist.

Kollegen, die freiwillig oder auf Anordnung der Militärbehörden ein Heilverfahren antreten oder zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes zur Rentensfestsetzung in eine Anstalt verwiesen werden, erhalten kein Krankengeld.

Als Beitrag zur Familienunterstützung gewährt der Verbandsvorstand abermals pro Kopf 3 Mk., die Mitgliederzahl am Ende des 2. Quartals 1914 zur Grundlage genommen.

Die Anträge auf Gewährung einer höheren Entschädigung an die Gauen für die Verwaltung, Agitation usw. werden abgelehnt. Der Verbandsvorstand erkennt aber die Notlage der Gauvereine durch die verminderte Einnahme bei Bestehenbleiben der bisherigen Ausgaben in der alten Höhe an und ist bereit, zum Ausgleich pro Kopf 2 Mk. zu gewähren, auf derselben Grundlage wie bei der Familienunterstützung. Ist der Krieg im nächsten Jahre noch nicht beendet, dann soll eine weitere Zuwendung erfolgen. Eine endgültige Regelung der Frage bezüglich der Erhöhung der Rückvergütung wird von der nächsten Generalversammlung erwartet.

Im Verkehr mit dem Verbandsvorstand ist der bisherige Modus durch Ueberweisung von Bank zu Bank beizubehalten. Die Einführung des Postscheckverkehrs empfiehlt sich daher nur im Geschäftsverkehr der Mitgliedschaften mit den Gauvorständen.

In der Kommission ist auch zutage getreten, daß mancherorts den Gewerkschaftsmitgliedern neben dem niedrigeren Verbandsbeitrag von 60 Pf. pro Woche die vollen Beiträge zur Gau- und Ortskasse abgenommen werden. Die Kommission hält die Leistung dieser Beiträge in vollem Umfange nur dann für gerechtfertigt, wenn hierin keine Zuschüsse zu einem für Gewerkschaftsmitglieder nicht in Betracht kommenden Unterstützungsweig enthalten sind.

Der Berichterstatter hebt ausdrücklich hervor, daß Staat und Kommune in erster Linie verpflichtet seien, die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch einzuführen. Nach lebhafter Debatte stimmt die Generalversammlung mit wechselnden Mehrheiten den

Vorschlägen zu. Die Beschlüsse sollen am 1. Juli 1918 in Kraft treten.

Nach Erledigung einiger die innere Organisation des Verbandes betreffende Anträge setzte die Generalversammlung in Anbetracht der außerordentlichen Teuerung die Diäten auf 20 Mk. pro Tag fest.

Hierauf erhält Albrecht (Köln) das Wort zur Berichterstattung über das Ergebnis der Kommissionsberatung zum achten Punkt der Tagesordnung: „Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder“, und gibt dazu folgende Erklärung ab: Mit Rücksicht darauf, daß die Organisation in der nächsten Zeit vor große und wichtige Aufgaben gestellt sein wird, sah sich die Kommission veranlaßt, alles zu tun, um die befähigsten und tüchtigsten Kollegen an die Spitze der Organisation zu bringen. Nach Auffassung der Kommission ist der Kollege Graßmann zweifellos befähigt, den ersten Vorsitzendenposten zu bekleiden, den er auch seit dem Tode des Kollegen Döblin zur vollsten Zufriedenheit ausgefüllt hat. Wenn die Kommission trotzdem der Generalversammlung an Stelle des verstorbenen Kollegen Döblin für den ersten Vorsitzendenposten den Kollegen Seitz in Vorschlag bringt, so deshalb, weil dem Kollegen Seitz mit Rücksicht auf seine langjährige Tätigkeit an führender Stelle, sein Ansehen und sein Alter der Posten des zweiten Vorsitzenden nicht angeboten und übertragen werden kann. Zweifellos bringt Kollege Seitz durch Annahme des Postens ein Opfer, wie auch Kollege Graßmann im Interesse der Organisation das Opfer bringt, auf seinem Posten zu verbleiben, um dadurch die Mitarbeit des Kollegen Seitz an der Spitze der Organisation zu ermöglichen. Für beide mit gleichen Rechten und Pflichten amtierenden Vorsitzenden bietet sich ein reiches Arbeitsfeld auf organisatorischem, gewerblichem und tariflichem Gebiete. Die Kommission bringt weiter den Wunsch zum Ausdruck, daß die Organisation mehr noch als bisher auch nach außen in die Erscheinung tritt und überall dort vertreten ist, wo es gilt, die Interessen und das Ansehen der Organisation zu wahren. (Lebhafte Bravo!) Bezüglich der Gehaltsfrage schlägt die Kommission vor, dem Kollegen Seitz das Höchstgehalt von 4200 Mk. nebst Repräsentationsgeldern von 200 Mk. sowie die Teuerungszulage gleich den übrigen gewählten Verbandsangestellten zu gewähren. — Außerdem schlägt die Kommission vor, für die von der Generalversammlung gewählten und angestellten Verbandsbeamten die Teuerungszulage um 50 Mk. ab 1. Juli d. J. zu erhöhen. Die Aufbesserung der Teuerungszulage für die Hilfskräfte erfolgt durch den Verbandsvorstand. Ebenso wird die Generalversammlung ersucht, die von einer früheren Gauvorsteherkonferenz für sämtliche Verbandsangestellte im Betrage von 100 Mk. bewilligte Teuerungszulage nachträglich zu genehmigen. Bezüglich des Amtsantritts des Kollegen Seitz spricht die Kommission noch den Wunsch aus, daß dieser so bald wie möglich erfolgen möchte.

Entsprechend dem Vorschlage der Kommission werden Seitz (München) als erster, Graßmann (Berlin) als zweiter Vorsitzender des Verbandes gewählt. Ebenso erfolgt die Wiederwahl von Eisler, Glaser und Schweinitz einstimmig.

Die in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage für die Angestellten ab 1. Juli 1918 wird genehmigt und die früheren sanktioniert.

Die Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung wird einer Gauvorsteherkonferenz überlassen.

Nachdem noch eine Beschwerde über einen Arbeitsnachweis, der die Not der Kriegsbeschädigten

ausnutzt, besprochen und beschlossen worden war, das Aktienmaterial der Generalkommission sowie den Mitglieder des Reichstages zur weiteren Veranlassung zur Verfügung zu stellen, war die Tagesordnung des Verbandstages erledigt.

In seinem Schlusswort wies Graßmann ganz besonders auf die große Einmütigkeit hin, mit der alle Beschlüsse dieser Kriegsstagung gefaßt worden seien.

Lohnbewegungen.

Erhöhung der Teuerungszulagen im Buchbinder-gewerbe.

Zu einem Reichstarif, der alle für den Beruf in Frage kommenden Orte umfaßt, ist es im Buchbinder-gewerbe leider noch nicht gekommen, aber ein kräftiger Anseh dazu ist doch vorhanden in dem sogenannten Dreistädte-tarif, durch den seit nahezu zwei Jahrzehnten die Zeit- und die Affordlöhne in den Hauptorten des Berufs, in Berlin, Leipzig und Stuttgart geregelt sind. Richtungsgebend für die Entlohnung sind die Bestimmungen des Tarifs, insbesondere des Affordtarifs, aber doch weit über seinen offiziellen Geltungsbereich hinaus, weil in vielen anderen örtlich abgeschlossenen Tarifen auf den Dreistädte-tarif Bezug genommen wird. Deshalb haben auch die neuen Vereinbarungen über Teuerungszulagen, die zunächst für den Geltungsbereich des Dreistädte-tarifs bestimmt sind, eine weit darüber hinausgehende Bedeutung, ja sie können als maßgebend für die allgemeine Entwicklung der durch die Kriegszeit notwendig gewordenen Teuerungszulagen im Beruf bezeichnet werden, was wir zur richtigen Würdigung der Lage den Mitteilungen über die Erhöhung der Teuerungszulagen im Gebiet des Dreistädte-tarifs und über die offizielle Erweiterung seines Geltungsbereichs vorausschicken möchten.

Die letzte Regelung der Teuerungszulagen in den Buchbinderereien und der damit verwandten Berufe hat im November vorigen Jahres stattgefunden. Nachdem inzwischen ein halbes Jahr verfloßen und die Teuerung bekanntermaßen erheblich größer geworden ist, hat der Buchbinderverband bereits Mitte Juni neue Forderungen an die Unternehmer gerichtet, durch die Erhöhung der Teuerungszulagen für die männlichen Arbeiter um 20 Mk., für geübte Arbeiterinnen um 15 Mk. und für ungeübte Arbeiterinnen um 10 Mk. pro Woche, außerdem aber ein Aufschlag von 30 Proz. auf die tariflichen Affordpreise verlangt wurden. Schließlich wurden noch angemessene Erhöhungen der Ueberstundenzuschläge, die Zahlung der den Arbeitern zustehenden Teuerungszulagen auch an die mit Männerarbeit beschäftigten Arbeiterinnen, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 51 Stunden und Mitwirkung der Prinzipale zur besseren Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln gefordert.

Diese Forderungen sind allen in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen gestellt, nämlich dem Verbands Deutscher Buchbinderereibesitzer, dem Bunde Deutscher Buchbinder-Innungen, dem Deutschen Buchdruckerverein, dem Schutzverband der Stein-druckereibesitzer, sowie den Verbänden der Kartonnagenfabrikanten, der Stuisfabrikanten und der Luxuspapierfabrikanten. Während sich nun alle übrigen Arbeitgeberverbände bisher in Still-schweigen hüllten oder nichtsagende Erklärungen abgaben, ließ der allerdings in erster Linie in Betracht kommende Verband Deutscher Buchbinderereibesitzer sich zu Verhandlungen bereitfinden, die am 9. und 10. Juli in

Leipzig stattfanden und deren Ergebnis für den Bereich des mit ihm abgeschlossenen bisherigen Dreistädteparitätens Geltung hat.

Das erste bedeutsame Ergebnis der Verhandlungen war der Anschluß Münchens an das Tarifverhältnis und die volle Anerkennung des Tarifs seitens des Vereins Münchener Buchbindereibesitzer, von dessen Mitgliedern der Tarif bisher nur mit erheblichen Einschränkungen angewandt wurde.

Die Anträge auf Erhöhung der Teuerungszulagen wurden, wie wohl fast immer in solchen Fällen, von den Unternehmern als über alles Maß hinausgehend und die zu ihrer Erfüllung erforderlichen Summen als unerschwinglich hoch bezeichnet, während die Arbeitervertreter sie als durchaus begründet betrachteten und zäher verteidigten. Erst nach länger, teils lebhafter Auseinandersetzung ist schließlich eine Vereinbarung zustande gekommen, die in der Hauptsache folgendes bestimmt:

Die Teuerungszulagen sollen insgesamt betragen pro Woche:

Für männliche Arbeiter:

in Berlin	für Verheiratete	für Ledige
vom 16. August ab	30,50 Mk.	28,50 Mk.
vom 30. November ab	35,50 "	33,50 "
in Leipzig und Stuttgart		
vom 16. August ab	27,— Mk.	25,— Mk.
vom 30. November ab	32,— "	30,— "
in München		
vom 16. August ab	25,— Mk.	23,— Mk.
vom 30. November ab	30,— "	28,— "

Für Arbeiterinnen:

in Berlin	
vom 16. August ab	18,— Mk.
vom 30. November ab	20,— "
in Leipzig, Stuttgart und München	
vom 16. August ab	15,— Mk.
vom 30. November ab	17,— "

Die Teuerungszulagen sollen jedoch nicht höher sein wie der Verdienst, wenn dieser bei voller Arbeitszeit bei den männlichen Arbeitern nicht mehr beträgt wie in Berlin bis 32 Mk., in Leipzig und Stuttgart bis 30 Mk., in München bis 28 Mk. und bei den Arbeiterinnen in Berlin bis 17 Mk., in Leipzig, Stuttgart und München bis 15 Mk.

Der für Handfalarbeiten durch frühere Vereinbarung festgesetzte Zuschlag auf die tariflichen Akkordpreise wurde von 20 auf 30 Proz. erhöht.

Die für Ueberstunden bisher üblichen tariflichen und Preiszuschläge wurden verdoppelt und betragen künftig insgesamt pro Stunde:

	in Leipzig, Stuttgart u. München	in Berlin
für männliche Arbeiter:		
in der 1. Stunde	36 Pf.	46 Pf.
" " 2. "	46 "	46 "
" " 3. "	60 "	60 "
an Sonnabenden, den Vorabenden gesetzl. Feiertage und Sonntags	70 "	70 "
für Nachtarbeit	1,— Mk.	1,20 Mk.
für Arbeiterinnen:		
in der 1. Stunde	20 Pf.	26 Pf.
" " 2. "	24 "	26 "
" " 3. "	36 "	50 "
an Sonnabenden, den Vorabenden gesetzl. Feiertage und Sonntags	44 "	60 "
für Nachtarbeit	60 "	80 "

Der verlangte allgemeine Aufschlag auf die tariflichen Akkordpreise, der als Ausgleich für den bei Verarbeitung verschiedener Erzeugnisse entstehenden größeren Zeitverluste gedacht war, konnte nicht durchgesetzt werden. Es ist dafür aber bis zu einem gewissen Grade Ersatz dadurch geschaffen, daß die bisher übliche Abstufung der Teuerungszulagen nach dem verdienten Lohn in Befall gekommen ist und die Zulagen bei allen Verdiensten auf den gleichen Satz gebracht wurden, wodurch die jetzt vereinbarte, in zwei Terminen zahlbare Erhöhung der Teuerungszulagen, die im allgemeinen pro Woche bei den männlichen Arbeitern zwischen 14,50 Mk. und 20 Mk., und bei den Arbeiterinnen zwischen 8 Mk. und 11 Mk. beträgt, bei den besseren Löhnen um einige Mark höher ist wie sonst, was jetzt nicht nur den Akkordarbeitern sondern auch den Lohnarbeitern zugute kommt.

Zur Mitwirkung bei Maßnahmen zur besseren Lebensmittelversorgung der Arbeiter haben sich die Unternehmer bereit erklärt; auf die Verkürzung der Arbeitszeit, die auch der Lebensmittelbeschaffung dienen sollte, und auf die Zahlung der den Männern zustehenden Teuerungszulagen an die Männerarbeit verrichtenden Arbeiterinnen mußte verzichtet werden, weil die Unternehmer in dieser Beziehung jedes Entgegenkommen ablehnten und die Arbeitervertreter deswegen nicht das übrige Ergebnis der Verhandlungen in Frage stellen wollten.

Es sind durch die zum Abschluß gebrachte Vereinbarung also keineswegs alle Wünsche der Arbeiter erfüllt worden, aber es haben durch sie doch die notwendigsten Erfordernisse insoweit Anerkennung gefunden, daß der Abschluß als ein beachtlicher Erfolg der Organisation verbucht werden kann. Der Buchbinderverband betrachtet es als seine dringlichste Aufgabe, die in Leipzig für die Hauptorte des Berufs festgesetzten Teuerungszulagen in aller nächster Zeit nicht nur im Buchbindergewerbe, sondern auch in allen verwandten Berufen möglichst restlos durchzuführen.

H.

Literarisches.

Neuerschienene Bücher und Schriften.

Gewerkschaftliche Publikationen.

Schuhmacher. Geschäftsbericht des Centralvorstandes für 1916 und 1917 an den Verbandstag zu Würzburg. 169 S. Nürnberg.

Steinarbeiter. Eingabe betr. Beurlaubung und Entlassung von Facharbeitern aus der Steinindustrie zum Zweck der Erzeugung von Bau- und Straßenbaumaterialien. Leipzig.

Tabalarbeiter. Jahresbericht für 1917. 26 S. Bremen.

Legitarbeiter. Jahrbuch 1917. 119 S. Berlin.

b) Gewerkschaftskartelle und Arbeiterssekretariate.

Häbed. Jahresbericht des Arbeiterssekretariats 1917.

München. Jahresbericht des Arbeiterssekretariats und des Gewerkschaftsvereins 1917. 56 S.

Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht.

S. Aufhäuser. Weltkrieg und Angekelltenbewegung. 118 S. 2 Mk., geb. 3 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.